



## Wortprotokoll der 59. Sitzung

### Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Berlin, den 29. März 2023, 11:12 Uhr  
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Str. 1  
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Sitzungssaal 3.101

Vorsitz: Klaus Ernst, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Einziges Tagesordnungspunkt

Seite 6

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

### Wärmewende versorgungssicher, nachhaltig und sozial gestalten

#### BT-Drucksache 20/4675

#### Hierzu wurde verteilt:

20(25)315 Stellungnahme ZVSHK  
20(25)323 Stellungnahme Prof. Dr. Neuhoff, DIW  
20(25)324 Stellungnahme Hauptstadtbüro Bioenergie  
20(25)325 Stellungnahme BuVEG  
20(25)326 Stellungnahme Agora Energiewende  
20(25)327 Stellungnahme 8KU  
20(25)328 Stellungnahme Deutscher Mieterbund e. V.  
20(25)330 Stellungnahme ZDH  
20(25)332 Stellungnahme Kommunale Spitzenverbände  
20(25)331 Stellungnahme BDH  
20(25)333 Stellungnahme Prof. Dr. Lamia Messari-Becker  
20(25)336 Zusammenstellung der Stellungnahmen

#### Federführend:

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

#### Mitberatend:

Rechtsausschuss  
Finanzausschuss  
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Ausschuss für Arbeit und Soziales  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz  
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen  
Haushaltsausschuss



## Sachverständigenliste

### **Helmut Bramann<sup>1</sup>**

Hauptgeschäftsführer  
Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK)

### **Dr. Matthias Dümpelmann<sup>2</sup>**

Geschäftsführer  
8KU GmbH

### **Jan Peter Hinrichs<sup>3</sup>**

Geschäftsführer  
Bundesverband energieeffiziente Gebäudehülle e. V. (BuVEG)

### **Prof. Dr. Lamia Messari-Becker<sup>4</sup>**

Professur Gebäudetechnologie und Bauphysik  
Department Architektur  
Universität Siegen

### **Prof. Dr. Karsten Neuhoff<sup>5</sup>**

Abteilungsleiter in der Abteilung Klimapolitik  
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)

### **Sandra Rostek<sup>6</sup>**

Leitung  
Hauptstadtbüro Bioenergie

### **Nadine Schartz, LL.M.**

Kommunale Spitzenverbände

---

<sup>1</sup> Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

<sup>2</sup> Benannt durch die Fraktion DIE LINKE.

<sup>3</sup> Benannt durch die Fraktion der SPD

<sup>4</sup> Benannt durch die Fraktion der SPD

<sup>5</sup> Benannt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

<sup>6</sup> Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU



**Markus Staudt**<sup>7</sup>

Hauptgeschäftsführer

Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie e. V. (BDH)

**Dr. Constantin Terton**<sup>8</sup>

Abteilungsleiter Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik

Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)

**Dr. Melanie Weber-Moritz**<sup>9</sup>

Bundesdirektorin

Deutscher Mieterbund e. V.

**Uta Weiß**<sup>10</sup>

Programmleiterin Gebäude und Wärmenetze

Agora Energiewende

---

<sup>7</sup> Benannt durch die Fraktion der FDP

<sup>8</sup> Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

<sup>9</sup> Benannt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

<sup>10</sup> Benannt durch die Fraktion der SPD

**Anwesenheit laut Unterschriftenliste oder Rückmeldung bei digitaler Teilnahme:****Mitglieder des Ausschusses**

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Bergt, Bengt Gremmels, Timon Hümpfer, Markus Kleebank, Helmut Mesarosch, Robin Rimkus, Andreas Scheer, Dr. Nina Zschau, Katrin	
CDU/CSU	Friedrich (Hof), Dr. Hans-Peter Gramling, Fabian Heilmann, Thomas Jung, Andreas Koeppen, Jens König, Anne Lenz, Dr. Andreas Weiss, Maria-Lena	Gebhart, Dr. Thomas
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Henneberger, Kathrin Herrmann, Bernhard Nestle, Dr. Ingrid	Taher Saleh, Kassem
FDP	in der Beek, Olaf Kruse, Michael Stockmeier, Konrad	
AfD	Hilse, Karsten Kotré, Steffen Kraft, Dr. Rainer	
DIE LINKE.	Ernst, Klaus Lenkert, Ralph	



<b>Fraktionsmitarbeiter</b>	
<b>Fraktion</b>	<b>Name</b>
SPD	Werner, Dr. Gabriele Hinsch, Thomas
CDU/CSU	Wißborn, Jan-Peter Schmidt, Falk Matzke, Philipp
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Vuorimäki, Maarit
AfD	Schäufele, Marcel Koitka, Dr. Christian
FDP	Hentrich, Steffen Koch, Michael
DIE LINKE.	Aß, Sophie-Marie Kühne, Judith

<b>Bundesrat</b>	
<b>Land</b>	<b>Name</b>
Bayern	Merkle, Dr. Lucie
Bremen	Blume, Cathrin
Mecklenburg- Vorpommern	Petersen, Kirsten
Niedersachsen	Abeling, Wiebke Meynberg, Alexandra
Nordrhein-Westfalen	Richter, Simon
Sachsen	Walter, Sebastian
Sachsen-Anhalt	Hannemann, Dr. Henrik

<b>Ministerium bzw. Dienst- stelle</b>	<b>Name</b>	<b>Amtsbezeichnung</b>
BMWK	Wenzel, Stefan	PStS
BWMK	Pfister, Jonas	RR
BMWK	Alemany Sanchez de León, Tanja	MDG'in

<b>Mitarbeiter Verwaltung</b>	
<b>Referat</b>	<b>Name</b>
IK 5	Schmidt, Michael
PE 2	Osei-Dwomoh, Akwasi
PE 3	Bäck, Marcel
WD 5	Herkommer, Julian



### **Einzigiger Tagesordnungspunkt**

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

### **Wärmewende versorgungssicher, nachhaltig und sozial gestalten**

#### **BT-Drucksache 20/4675**

Der **Vorsitzende**: Ich denke, wir können anfangen. Ich muss mich erstmal entschuldigen, meine Damen und Herren Sachverständigen, dass Sie warten mussten. Wir sind nicht ganz so schnell gewesen, wie wir erwartet haben bei der Ausschusssitzung, die vor dieser Anhörung stattgefunden hat. Ich begrüße Sie recht herzlich zu unserer heutigen öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Gegenstand unserer heutigen Debatte ist der Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Wärmewende versorgungssicher, nachhaltig und sozial gestalten“, Bundestagsdrucksache 20/4675. Ich begrüße die Damen und Herren Sachverständigen recht herzlich und freue mich, dass Sie da sind. Ich werde Sie im Einzelnen gleich nochmal aufrufen. Damit wir auch wissen, wer da ist, und fürs Protokoll. Als erstes Helmut Bramann, Hauptgeschäftsführer Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK), Grüß Gott. Doktor Matthias Dümpelmann, Geschäftsführer 8KU GmbH. Guten Tag. Dann Jan Peter Hinrichs, Bundesverband energieeffiziente Gebäudehülle e. V. (BuVEG). Guten Tag, Herr Professor. Frau Professor Doktor Lamia Messari-Becker, sie hat die Professur für Gebäudetechnologie und Bauphysik, Department Architektur an der Universität Siegen. Sie ist uns zugeschaltet. Können Sie uns hören? Wir sehen Sie sprechen. Ja, jetzt klappt alles. Jetzt haut die Verbindung hin. Wunderbar. Danke schön. Guten Morgen. Dann haben wir Professor Doktor Karsten Neuhoff, Abteilungsleiter in der Abteilung Klimapolitik, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, herzlich willkommen. Sandra Rostek vom Hauptstadtbüro Bioenergie. Guten Morgen. Dann haben wir Frau Nadine Schartz, Kommunale Spitzenverbände, auch für Sie einen guten Tag. Dann haben wir hier Herrn Markus Staudt, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Heizungsindustrie, guten Tag. Dann Herrn Doktor Constantin Terton, Abteilungsleiter Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik vom Zentralverband des Deutschen Handwerks. Frau Doktor

Melanie Weber-Moritz, Bundesdirektorin Deutscher Mieterbund e. V., und Uta Weiß, Programmleiterin Gebäude und Wärmenetze von Agora Energiewende. Wir sind nach Alphabet gegangen. Ich bräuchte jetzt bitte einen Techniker. Aber das geht hier nicht so. Das ist ein Lärm, da können wir die Sitzung nicht abhalten. Können Sie uns hören? Das ist eine technische Störung. Das ist wirklich problematisch. Wir gucken, ob man das irgendwie abstellen kann. Es geht nicht. Einen kleinen Moment bitte. So können wir ja keine Sitzung führen. Kommt jemand? Okay, gut, dann muss ich leider unterbrechen. Hoffentlich nicht länger als fünf Minuten.

### **Unterbrechung der Sitzung**

Der **Vorsitzende**: Ich begrüße alle recht herzlich, ich begrüße die Kolleginnen des Ausschusses genauso wie den Parlamentarischen Staatssekretär Herrn Wenzel, die Vertreterinnen und Vertreter der Länder, der Medien und natürlich auch unsere Gäste hier oben und auch vor den Kameras. Zum Ablauf der heutigen Anhörung, die unter verschärften Bedingungen stattfindet, würde ich sagen. Wir haben also vorgesehen, dass zunächst die Sachverständigen ein Statement von drei Minuten halten. Jeder von Ihnen. Dass wir dann in Fragerunden gehen, wir haben insgesamt zwei Stunden vorgesehen, vielleicht werden wir eine Runde kürzen müssen, - Jetzt geht es wieder. Ich glaube, das Ding bricht jetzt vollkommen zusammen. - damit wir in der Zeitplanung bleiben. Wir müssen bis 13 Uhr fertig sein. Wir machen das so, dass wir nach diesen Eingangsstatements Fragerunden abhalten, in der ersten Runde vier Minuten, die weiteren Runden mit jeweils drei Minuten für Frage und Antwort. Sie haben dann die Möglichkeit, die Frage in der Zeit zu beantworten. Für Frage und Antwort läuft gemeinsam die Zeit von vier beziehungsweise drei Minuten. Meine Bitte wie immer an die Fragesteller: Nennen Sie bitte den Namen des Sachverständigen, der Sachverständigen, an die sich die Frage richtet. Schriftliche Stellungnahmen sind als Ausschussdrucksache verteilt worden und stehen online zur Verfügung. Es wird ein Wortprotokoll erstellt, ich werde jeweils Sie, wenn Sie eine Frage bekommen, noch mal aufrufen, sodass der Protokollant weiß, wer spricht. Das war jetzt meine Vorrede. Ich hoffe, das gelingt einigermaßen. Wir könnten



einsteigen. Ich höre gerade, dass ein Mikrofon nass geworden ist. Wir müssen gucken, dass wir das beseitigen. Zehn Minuten? Tut mir leid. Ich muss zehn Minuten unterbrechen, sonst kann ich keine ordnungsgemäße Anhörung machen, tut mir leid. Entschuldigung. Wir gucken, dass wir es in zehn Minuten hinkriegen.

### Unterbrechung der Sitzung

Der **Vorsitzende**: Ist es jetzt dauerhaft? Frage an die Technik? Okay, dann starten wir. So. Ich bitte um Entschuldigung für die technische Störung. Wir werden diese Anhörung ordnungsgemäß weiterführen. Und ich bitte jetzt, dass die Sachverständige ihre drei Minuten Statements abgeben. Als erstes Helmut Bramann, bitte.

SV **Helmut Bramann** (ZVSHK): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielleicht eine kurze Einführung für Ihr Verständnis. Der ZVSHK vertritt – und ich bin der Hauptgeschäftsführer – die Betriebe, die die Energiewende im Gebäudebereich, in der Technik, der Wärmeversorgung, aber auch der Trinkwasserversorgung umsetzen sollen. Das sind 49 000 Betriebe mit knapp 400 000 Beschäftigten, die die gesamte Palette der Lösungen von der klassischen Einzelfeuerstätte bis hin zu Wärmepumpe und Solarthermie vertreten. Insofern treten wir nicht für eine bestimmte Technologie ein und brauchen daher an der Stelle einen technologieoffenen Ansatz, weil die Unternehmen die letzte Kontaktinstanz zum Kunden sind und den Kunden von der Umsetzung überzeugen müssen, noch nach dem Energieberater. Und sie sind auch vielfach selber als Energieberater im Gebäudebereich unterwegs. Das heißt, wir kriegen die Vielfalt an Gebäudesituationen, aber auch an Situationen der Bewohner mit, sowohl im Mieter-Eigentümer-Verhältnis, aber auch vielfach – und das macht den Großteil des Gebäudebestandes in Deutschland aus, der zu modernisieren ist – auch bei den Ein- und Zweifamilienhäusern. Und da müssen individuelle Lösungen zuschneidbar sein. Das ist das Erste und unsere große Bitte und Petition, im GEG tatsächlich echte Technologieoffenheit zu transportieren und nicht durch mittelbare Rahmenbedingungen zu unterbinden, die es an der einen oder anderen Stelle für den Eigentümer oder den Vermieter oder Mieter unmöglich machen, einzuschätzen, wie seine Entscheidung tatsächlich am

Ende des Tages realisierbar und dauerhaft sein kann. Das ist auch eine Frage, wie Transformationspfade bei der Umsetzung bis 2045 gelegt werden. Wir verspüren derzeit eine sehr große Verunsicherung bei den Kunden. Ich möchte auch betonen, nach Bekanntwerden des ersten GEG-Entwurfs in der Öffentlichkeit haben die Kunden das Handwerk bestürmt. Und die Nachfrage nach Öl und fossilen Brennstoffen allgemein, auch Erneuerung und Neueinbau, hat dramatisch zugenommen. Also wohlgeachtet die Nachfrage und nicht die Beratung des Handwerks dahingehend. Das zeigt schon, wie sensibel wir mit dem Thema umgehen müssen, und wir glauben auch an der Stelle, das es absolut Sinn macht, auch im Gebäudebereich für die Bürger und Bürgerinnen, die Hauseigentümer, aber auch die Mieter einen Transformationspfad zu entwickeln, also einen Modernisierungsfahrplan tatsächlich auch als Ziel zu nehmen, wie er ähnlich auch im Bereich der kommunalen Wärmeplanung vorgesehen ist, wie er ähnlich auch vorgesehen ist für den Netzausbau und für das Hochfahren erneuerbarer Energien, beispielsweise bei Fernwärmesituationen, aber auch allgemein strombasiert. Wir können nicht ad hoc einfach enge Regularien festlegen, die die Maßnahmen und Möglichkeiten total verengen. Das Ergebnis sieht man derzeit in den Reaktionen der Bürger, die in erster Linie natürlich bei uns im Handwerk ankommen.

Der **Vorsitzende**: Danke, ich habe vielleicht vergessen, darauf hinzuweisen. Da oben läuft die Zeit mit. Solange die nicht rot ist, ist alles okay. Wenn sie rot ist, müsste ich eingreifen. Das war jetzt rot.

Ja, aber wir haben auch ein bisschen Durcheinander heute.

SV **Helmut Bramann** (ZVSHK): Ich habe das Beste rausgeholt. Danke.

Der **Vorsitzende**: Ich bitte Sie, das einzuhalten, sonst kommen unsere Regularien hier vollkommen durcheinander. Als nächstes bitte ich Herrn Dümpelmann.

SV **Dr. Matthias Dümpelmann** (8KU GmbH): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich hier sein darf, um zum Antrag der Union zum Thema Wärmewende aus unserer Sicht der 8KU, das ist eine Gruppe



großer kommunaler Unternehmen, großer Wärmeversorger quer durch die Republik, Stellung zu nehmen. Ich will damit beginnen zu sagen, dass Wärmewende bedeutet, spätestens 2045 tatsächlich in der Wärmeversorgung klimaneutral zu sein. Das ist der erste Punkt, der hat de facto Verfassungsrang. Das heißt, er wird nicht hinterfragt. Zweitens: Versorgungssicherheit, die sichere Versorgung mit Wärme, nicht nur für die Haushalte, sondern auch für Gewerbe und Industrie. Industrie kommt im Bereich der Gebäudeenergie immer zu kurz, weil sie CO<sub>2</sub>-bilanziell nicht dazu gehört, aber auch die Industrie ist natürlich ein Gegenstand für die vorzunehmende Wärmewende. Deswegen finde ich, dass eine erfolgreiche Strategie nicht von der Angebotsseite, nicht von Fanclubs einzelner Technologien ausgehen darf, sondern immer davon ausgehen muss, wie die Situation für Kunden vor Ort ist, wie die Zahlungsfähigkeit der Kunden ist und wie die Zahlungsbereitschaft beispielsweise auf Seiten der Industrie aussieht. Wie kriegt man das eigentlich raus? Das kriegt man raus, indem man die drei wesentlichen Kostenpositionen, die Wärmewende ausmachen, in den Blick nimmt. Das ist zum einen die Technologie, die irgendwo montiert wird. Vielleicht brauchen Sie noch den einen oder anderen Brennstoff. Das ist das Eine, aber das ist bei weitem nicht alles. Sie müssen zweitens die Infrastrukturkosten bewerten. Denn Wärmewende heißt infrastrukturgebundene Wärmeversorgung, egal, ob sie im Fernwärmebereich unterwegs sind, da haben Sie das Wärmenetz. Wenn Sie Wärmepumpen einbauen, dann haben Sie das Stromnetz. Und wenn Sie für die Industrie Wasserstoff bereithalten, haben Sie Wasserstoffnetze. Wenn Sie das nicht kostenmäßig bewerten, dann werden Sie keine volkswirtschaftlich effiziente Lösung hinbekommen. Drittens. Sie müssen vielleicht Typologien bilden, das heißt Typologie: Je dichter die Wärmelinien laufen, also je bevölkerungsreicher, je energiedichter eine spezifische Region ist, umso klarer wird natürlich das Ergebnis dieser Vollkostenanalyse für Fernwärme ausfallen, idealtypischerweise auf der anderen Seite, je neuer die Gebäude sind, je stärker sie gedämmt sind und auch je mehr Platz in der Gegend ist, umso mehr werden wir dort Wärmepumpen haben. Es wird aber in der Mitte immer Bereiche geben, die noch nicht ganz leicht zu entscheiden sind. Das ist aber auch

nicht so schlimm, weil wir angesichts der Knappheit der Ressourcen, der Knappheit in den Lieferketten, der Knappheit auf der Handwerkerseite genug damit zu tun haben, diejenigen Bereiche zuerst in den Blick zu nehmen, die sich wirklich lohnen und wo wir ein klares Signal für Investitionen und für Handlungen haben. Das Instrument, so etwas herauszufinden, ist die kommunale Wärmeplanung, da stimme ich meinem Vorredner zu hundert Prozent zu. Wenn wir die nicht haben, werden wir nicht wirklich zutreffende Entscheidungen für die Wärmewende leisten können. Vielen Dank für den ersten Teil.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Als nächstes Herr Hinrichs, bitte.

**SV Jan Peter Hinrichs (BuVEG):** Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Mein Name ist Jan Peter Hinrichs, ich bin der Geschäftsführer des Bundesverband Energieeffiziente Gebäudehülle, und ich freue mich, Ihnen heute hier Rede und Antwort stehen zu dürfen. Die Wärmewende ist eine der dringlichsten Aufgaben unserer Zeit. Was muss geschehen? In Deutschland gibt es heute rund 21 Millionen Wohn- und Nichtwohngebäude, von denen sich ein Großteil in einem energetisch schlechten Zustand befindet. So gehören rund 30 Prozent der Wohngebäude zu den schlechtesten Energieeffizienzklassen G und H, die rund 50 Prozent der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Gebäudesektor ausmachen. Die sprunghaft angestiegenen und auf absehbare Zeit hohen Energiepreise sowie insgesamt sehr volatilen Zustände des Energiemarktes bergen enorme gesellschaftliche Risiken. Wenn die Politik nicht eine Verbrauchsreduzierung in ihrer Strategie der Wärmewende verankert, läuft das Land ungebremst in ein Szenario, in dem sich viele Menschen ein warmes Zuhause nicht mehr leisten können. Darüber hinaus sind effiziente Gebäude nicht nur besonders wertstabil. Ihr Wert steigert sich sogar. Oder anders ausgedrückt: Mache ich mein eigenes Haus nicht klimafit, muss ich einen massiven Wertverlust in Kauf nehmen. Dies haben diverse Marktstudien in der Immobilienwirtschaft in den vergangenen Jahren eindeutig belegt. Da die Energiepreise perspektivisch auf einem höheren Niveau als in der Vergangenheit bleiben und aus Gründen der Netzstabilität, darf die Politik nicht



den Fehler machen, kurzfristig auf CO<sub>2</sub>-Einsparungen infolge von Fuel-Switch zu setzen. Wie also ist die Wärmewende auszugestalten? Ich möchte an dieser Stelle drei Impulse formulieren. Erstens: Reduzieren Sie den Primär- und Endenergieverbrauch. Dies ist notwendig sowohl aus Kosten- als auch aus Klimaschutzgründen. Klimaschutz und Bezahlbarkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Gegenteil, sie bedingen einander. Zweitens: Implementieren Sie die effiziente Gebäudehülle in politischen Vorhaben. Eine energieeffiziente Gebäudehülle ist der zentrale Schlüssel für eine Steigerung der Energieeffizienz und für jene notwendige Verbrauchsreduktion. Hier vielleicht tatsächlich eine festgelegte Sanierungsrate. Drittens: Gehen Sie die schlechtesten zuerst an und optimieren Sie die Förderung. Notwendig ist eine Fokussierung auf die Worst Performing Buildings, um das dort schlummernde Potential zur Einsparung zu heben. Deutschland benötigt daher eine langfristig adäquat ausgestattete Förderung, um nachhaltige Anreize für Unternehmen und Bauherren im Sinne der Planungssicherheit zu schaffen. Die Gebäudehülle muss im Rahmen von Fördermaßnahmen mit der Anlagentechnik gleichgestellt werden. Das ist noch ein ganz wichtiger Punkt. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der **Vorsitzende**: Danke. Jetzt Frau Professor Doktor Lamia Messari-Becker.

**SV Prof. Dr. Lamia Messari-Becker** (Universität Siegen): Vielen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren! Den Antrag zur Wärmewende begrüße ich ausdrücklich, denn auch ohne Krieg in Europa und die damit einhergegangenen Entwicklungen ist es tatsächlich überfällig, die Energiewende endlich zu diversifizieren, auch erneuerbare direkte Wärme zu gewinnen und die Grundlastfähigkeit zu sichern. Denn die Elektrifizierung aller Sektoren, Gebäude, Verkehr und Industrie und der daraus abgeleitete Einsatz von fast ausschließlich auf Elektrizität basierenden Systemen ist, verzeihen Sie mir, ein Irrweg. Denn neben Strom aus Wind und Sonnenkraft müssen weitere erneuerbare Energiequellen für Wärme dazukommen. Und dazu gehört natürlich die Gewinnung von Wärme eben auch als physikalische Ausbeute adressiert, etwa über Geothermie, Bioenergie und so weiter.

Und insbesondere mit Blick darauf, dass wir erneuerbare Energien, Windkraft und Photovoltaik haben und nicht durchgängig liefern können, also Stichwort: Im Winter ein paar Wochen. - und dass Geothermie und Bioenergie grundlastfähige Energiequellen sind, trägt eine echte Wärmewende, die wirklich ihren Namen verdient, entscheidend dazu bei, dieses Energiesystem zu stabilisieren und die Energieknappheit sowie die Abhängigkeit von fossilen Energiequellen entscheidend zu reduzieren. Ungeachtet dessen brauchen wir natürlich auch Speicherkapazitäten, übrigens sowohl im Bereich Strom als auch im Bereich Wärme, die müssen wir aufbauen und ausbauen. Und ich stimme all meinen Vorrednern zu. Die Wärmenetze, die gehören, wie auch Stromnetze systematisch konsequent auf- und ausgebaut. Bei Wärmenetzen würde ich sogar sagen, da müssen wir überhaupt erst anfangen. Gleichzeitig sind Effizienzmaßnahmen wichtig und müssen ausgeweitet werden, also neben den herkömmlichen Maßnahmen, wie etwa die Dämmung der Gebäudehülle, müssen auch Potenziale der Digitalisierung, der Wärmerückgewinnung aus Lüftung, aus Abwasserwärme oder industriellen Prozesse und auch der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung deutlich besser als bisher genutzt werden. Und natürlich ist es auch selbstverständlich, dass angesichts vieler Hemmnisse, die gegenüber Sanierungsmaßnahmen - wir werden vielleicht später auch noch über die Kosten sprechen, gerade im Gebäudebestand und demographischen Aspekten et cetera - ist es sehr zu empfehlen, neben Einzelgebäuden auch Quartiersansätze zu adressieren. Die habe ich schon im Koalitionsvertrag eingebracht, aber ich sehe die Umsetzung als sehr mangelhaft. Hier lassen sich Modernisierungen, ob als Gebäudehülle oder auch die Energieversorgung, kostengünstiger, umwelteffizienter und sozialverträglicher realisieren. Die kommunalen Wärmepläne, die wurden hier mehrfach genannt, die spielen auch für mich eine zentrale Rolle bei der Wärmewende. Die können natürlich auch mit Kooperationen vor Ort mit den Sozialverbänden, mit dem sozialen Wohnungsbau, Gewerbe und Binnenwirtschaft initiiert werden, gestärkt werden, auch für lokale Wertschöpfungskette sorgen. Deshalb sollte natürlich die Bundesregierung jetzt auch bei ihren Maßnahmen, etwa den Ausschreibungsverfahren zu Energie, auch auf lokale und kommunale Energiever-



sorgung setzen und diese Player nicht benachteiligen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Wir müssen auf die Zeit achten. Danke schön. Sie haben noch Gelegenheit, das auszuführen, weil Sie noch eine Frage kriegen. So, als nächstes ist jetzt dran, Carsten Neuhoff.

SV **Prof. Dr. Karsten Neuhoff** (DIW): Guten Tag. Ich würde gerne auf drei Punkte eingehen. Zum ersten die Schutzfunktion. Wir bauen, damit wir geschützt werden vor Wasser und vor Kälte. Und ich glaube, diese Schutzfunktion von Gebäuden ist zurzeit gefährdet, das haben wir in der Energiekrise letztes Jahr gesehen. Entweder haben wir Unsicherheiten, ob wir das Gas bekommen oder extrem hohe Kosten, wo wir Hunderte von Milliarden Euro private und staatliche Gelder genutzt haben, um Energie zu kaufen, um uns zu wärmen. Das können wir nicht wiederholen, da müssen wir eine Lösung finden. Wir haben dann die zweite Herausforderung, Klimaneutralität, es wurde angesprochen, haben wir uns verpflichtet, aus guten Gründen, hinzubekommen. Ein Drittel der Emissionen bei uns kommen aus Gebäudebeständen heraus. Um das zu lösen, brauchen wir ein Paket. Umstellung auf Wärmepumpen allein reicht nicht aus. Da hätten wir zu große Energiebedarfe, da hätten wir zu hohe Anforderungen an die Peak-Lasten. Deswegen müssen wir es kombinieren mit der energetischen Sanierung, Modernisierung von Gebäuden. Biogas ist attraktiv, aber es gibt sehr viele andere Sektoren, die einen noch viel wichtigeren Bedarf an Biogas haben, deswegen können wir auch dort nicht so viel im Gebäude erwarten. Wasserstoff im Gebäude - der Heizbedarf bedarf mindestens sechsmal mehr erneuerbare Energie, wenn sie aus Europa kommt, wenn wir Flüssiggas importieren, noch mehr, um dieselbe Endenergie nachher an Wärme zu liefern. Das können wir aus Ressourcen- und Kostengründen nur in extremen Einzelfällen anwenden. Deswegen bedarf es dieser Kombination aus hauptsächlich Wärmepumpen und dann aber auch in vielen Bereichen energetische Sanierungsmaßnahmen. Wir haben Sanierungsziele von zwei Prozent. Mehrere Regierungen hatten die sich gesetzt, aber haben sie nie erreicht. Wir sind immer gut unter einem Prozent gelandet. Im Endeffekt kommen dann immer kurzfristig Programme, nächstes Jahr wollen

wir mal mehr erreichen. Und die Industrie sieht die Vergangenheit, sieht die Unsicherheit dahinter und wir sehen, die Auslastung ist hoch. Hersteller von Dämmstoffen, Hersteller von Glas sind voll ausgelastet, aber machen keine Investitionen in neue Produktionskapazitäten, weil sie nicht wissen, was in drei oder vier Jahren passiert, ob sie damit dann wirklich weiter kommen können. Wir haben andere Bereiche, wo es gelungen ist, diese Kapazitäten aufzustocken, in Bereichen, in denen sie nicht von staatlichen Rahmenbedingungen abhängig sind. In den 90er Jahren haben wir 4 Prozent Sanierungsrate in Ostdeutschland gehabt. Nach der 2008 Entscheidung für 20 Prozent erneuerbare Ziele bis 2020, die waren verbindlich, sind die Ausbauten von 1 auf 2 Prozent bei erneuerbaren Energien hochgegangen pro Jahr. Wir haben jetzt bei Wärmepumpen so viel Druck und insgesamt Glaubwürdigkeit dahinter, dass die Wärmepumpenproduktionskapazitäten hochgefahren wurden. Nur energetische Sanierung ist weiterhin unter dem Radar der meisten Akteure und da fehlen die Investitionen dahinter. Wir brauchen verbindliche Ziele für Sanierungen, die wir einhalten, zu denen wir uns verpflichten, dass die Maßnahmen von staatlicher Seite dahinter kommen, um den Raum dafür zu schaffen. Aber wir brauchen auch gleichzeitig klare Rahmen, sodass wir als Haushalte Planungssicherheit haben, als Eigentümerinnen und Eigentümer Planungssicherheit haben. Deswegen sind die Mindeststandards, die bis 2033 im Gebäudebestand für die schlechtesten Gebäude vorgegeben werden, sehr wichtig, um auch dort Leute mitzunehmen, Planungssicherheit zu geben.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Frau Rostek.

SV **Sandra Rostek** (Hauptstadtbüro Bioenergie): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung. Ich glaube, es ist klar: Die Wärme ist ein riesiger Hebel in der Energiewende und wir als Bioenergieverbände begrüßen es sehr, dass dieses wichtige Thema nun endlich noch mehr in den Fokus genommen wird. Ich vertrete heute mit einem Hut auf jeden Fall den Bioenergie-Fanclub. Insofern komme ich nicht drum hin, darauf hinzuweisen, dass wir mit 84 Prozent mit großem Abstand die wichtigste erneuerbare Wärmequelle



sind und daher begrüßen wir auch explizit die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die mit Ihrem Antrag ein besonderes Augenmerk auf die Bioenergie richtet, die uns in den aktuellen Plänen der Bundesregierung leider häufig noch etwas zu kurz kommt. Denn wir haben es, glaube ich, schon herausgearbeitet, die Wärmewende ist eine sehr große Kraftanstrengung und der Wärmemarkt ist eben auch sehr heterogen und deswegen brauchen wir eine möglichst große technische und wirtschaftliche Freiheit und ein möglichst breites Spektrum an Optionen zur klimaneutralen Gebäudeheizung. Deswegen ordne ich mich genauso auch in den Fanclub aller anderen Optionen hier explizit mit ein. Was ich allerdings schon beklagen muss, ist, dass wir im Bereich der Biomasse immer wieder nicht nur Hürden und Hemmnisse vorfinden, sondern tatsächlich auch Verbote, die dem Einsatz der Bioenergie entgegenstehen. Zum Beispiel sollen Neubauten nicht mehr mit Holz oder Biogas beheizt werden. Das soll vollständig verboten werden. Dies gilt zum Beispiel auch dann, wenn im Rahmen von einem Quartierskonzept in einem Bestandsnetz ein Haus ausgetauscht wird und dann quasi ein Neubau errichtet wird. Dieser Neubau kann dann nicht an das bestehende Netz angeschlossen werden, obwohl die Infrastruktur schon vorhanden ist und der Eigentümer vielleicht auch derselbe ist. Nein, er muss sich eine andere Heizungsoption suchen. Das klingt nicht nur absurd, sondern ist es meiner Meinung nach auch. Zweites Beispiel: Eigentlich darf Biogas zwar als Erfüllungsoption im Gebäudeenergiegesetz genutzt werden, aber der Anlagenbestand soll jetzt mit zusätzlichen Restriktionen bei den Einsatzstoffen belegt werden. Und das schließt dann 5.700 Biogasanlagen plötzlich wieder von einer Versorgung im Wärmebereich aus. Ich könnte diese Liste an Verhinderungsbeispielen jetzt noch beliebig fortsetzen und möchte sagen, all diese Beispiele eint doch, dass eine Diskriminierung der Biomasse uns gerade nicht weiterhilft, sondern die Mammutaufgabe der Wärmewende ins Hintertreffen geraten lässt. Und ich freue mich darauf, vielleicht in der Diskussion noch einige Vorschläge unterbreiten zu können, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann. Herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Frau Schartz, bitte.

**SV Nadine Schartz** (Kommunale Spitzenverbände): Ja, sehr geehrter Vorsitzender, werte Damen und Herren Abgeordnete. Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen ebenfalls den Antrag, das Ziel des Antrags, die Wärmewende Versorgungssicher, nachhaltig und sozial auszugestalten. Die geäußerten Befürchtungen im Antrag haben sich zum Glück im vergangenen Winter nicht realisiert. Auch hat die Bundesregierung verschiedene Vorhaben zur Gebäudeenergieeffizienz oder kommunalen Wärmeplanung bereits angestoßen. Dennoch sehen auch wir, dass es gilt, die Wärmewende fortzugestalten. Ich möchte nun drei Aspekte herausgreifen. Als erstes möchte ich auf die Kommunen eingehen. Die Berücksichtigung der Kommunen. Wie wir gehört haben, sind die Kommunen essenzielle Akteure vor Ort. Sie werden vor Ort die Wärmewende umsetzen und es gilt hier, die Erfahrungen der Kommunen einzubeziehen und sie bei den Vorhaben ausreichend zu beteiligen. Das ist leider aktuell mit den vielen kurzen Fristen nicht immer der Fall. Das gilt auch im Hinblick darauf, dass den Kommunen genügend Umsetzungsspielraum gegeben werden muss. Die Gegebenheiten vor Ort sind sehr unterschiedlich. Die Wärmegewinnung, Versorgung und Wärmenutzung ist je nach Lage unterschiedlich und es muss deshalb den Kommunen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung überlassen bleiben, welche Maßnahmen im Endeffekt wie konkret umgesetzt werden. Daneben möchte ich auf die Technologieoffenheit eingehen, die von meinen Vorrednern schon angesprochen wurde. Nur durch eine Technologieoffenheit können alle energetischen Potentiale ideal ausgeschöpft und vorhandenes, beziehungsweise sich entwickelndes Knowhow genutzt werden. Dies wird auch im Antrag bereits unterlegt, in dem auf verschiedene Wärmequellen, Anlagen, Netzinfrastrukturen und Speichermöglichkeiten eingegangen wird. Die Innovation muss also zwingend befördert werden und darf nicht eingeengt werden. Auch dürfen bestehende Netzinfrastrukturen nicht aufgegeben werden. Des Weiteren sollten die Stromnetzentgelte noch mal genauer angeschaut werden und hier auf Entlastungen hingearbeitet werden. Die Netzinfrastruktur muss entsprechend gestärkt werden. Als dritten Punkt möchte ich die Sanierung des Gebäudebestandes ansprechen. Diese spielt aus unserer Sicht eine wesentliche Rolle bei der Energiewende. Hier muss aber auch offen



agiert werden. Es gilt, finanzielle Anreize zu setzen, Möglichkeiten der Quartierssanierung zu öffnen und Verbote, die eventuell angegeben werden müssen, müssen mit hinreichenden und flexiblen Übergangsfristen versehen werden. Außerdem gilt es, die Fachkräftemärkte und die Materialversorgung im Blick zu behalten. Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Ich bedanke mich auch. Herr Staudt, bitte.

**SV Markus Staudt (BDH):** Sehr geehrter Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, herzlichen Dank, dass ich heute hier für die deutsche Heizungsindustrie sprechen darf. Der BDH ist ein reiner Industrie- und Herstellerverband, 121 Mitglieder. Unsere Unternehmen schaffen 90 000 Arbeitsplätze und stehen für 22 Milliarden Euro Umsatz. Ich glaube, es ist ganz gut, wenn man mal schaut, wo wir herkommen. Und ich glaube, wir haben in den letzten drei Jahren eine positive Entwicklung eingeschlagen. Und das ist auch dank der Rahmenbedingungen, die Sie hier im Bundestag gesetzt haben oder unterstützt haben, nämlich mit der Einführung der Bundesförderung für effiziente Gebäude. Wir haben im letzten Jahr knapp eine Million neue Wärmereizeuger in den Wärmemarkt eingebracht und das auch mit Hilfe der bestehenden Handwerkskapazitäten. Das darf ich ruhig positiv erwähnen. Und diese 980 000 neuen Heizungen, wenn man hier den Neubau abzieht und nur in die Modernisierung blickt, sparen jedes Jahr 2,2 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Das ist eine positive Entwicklung. Man sieht, die Verbraucherinnen und Verbraucher sind bereit, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, auch zu investieren in die Modernisierung ihrer Heizung. Und das halten wir für den ersten wichtigen Schritt. Denn der Heizungsmarkt ist veraltet. Wir haben ein Durchschnittsalter von 17 Jahren im Heizungsmarkt. Viele Heizungen, das wissen Sie selber aus dem privaten Umfeld, sind 20 und 30 Jahre und älter und entsprechen nicht dem Stand der Technik. Der zweite Schritt, den wir sehen, neben der Modernisierung der Anlagentechnik, ist die Einbindung erneuerbarer Energien. Auch hier sehen wir massive Fortschritte. Wir hatten letztes Jahr 234 000 Wärmepumpen, die neu installiert wurden. Wir hatten knapp 90 000 Biomassekessel und wir hatten Hybridanlagen, das heißt Solarthermie, die eingebunden wurde.

Deswegen, glaube ich, sind wir auf einem vernünftigen und auf einem guten Weg. Den gilt es weiter zu beschreiten, die Menschen in die Lage zu versetzen, in die Modernisierung ihrer Heizungsanlage zu investieren. Denn Wärme ist ein Grundbedürfnis. Das darf nicht daran scheitern, wie die Einkommensverhältnisse der einzelnen Haushalte sind, sondern hier muss man Klimaschutz und Wärme und Investitionsmöglichkeiten zusammenbringen. Das ist für uns ganz wichtig. Was gibt es zu sagen zu den aktuellen Rahmenbedingungen? Wir würden uns wünschen, dass neben der Anlagentechnik auch die Dekarbonisierung oder Defossilisierung des Energiemix im Wärmemarkt massiv forciert wird. Wir haben im Stromsektor sehr viel gemacht. In den letzten 20 Jahren haben wir große Investitionen getätigt. In anderen Bereichen sehen wir das leider noch nicht so. Und hier würden wir dafür plädieren, um diese Zeit zu gewinnen, zwischen Anlagentechnik und erneuerbaren Energien auf sogenannte Transformationspläne zu setzen, die ja in dem geleakten Entwurf für die Wärmenetze auch schon vorliegen. Und die würden wir auch für andere Energieträger sehen. So schaffen Sie Spielraum für die Verbraucherinnen und Verbraucher, die heute aus diversen Gründen nicht in der Lage sind, sich sofort für eine Wärmepumpe zu entscheiden, die nachzurüsten oder auf Basis von erneuerbaren, flüssigen, gasförmigen Energien Ihre Heizung zu betreiben. Vielen herzlichen Dank.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Herr Tertton.

**SV Dr. Constantin Tertton (ZDH):** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Der Zentralverband des Deutschen Handwerks vertritt als Spitzenverband der deutschen Wirtschaft die Interessen von einer Million Handwerksbetrieben mit mehr als 5,57 Millionen Beschäftigten und 360 000 Auszubildenden. Wir bedanken uns für die Gelegenheit, zum vorliegenden Antrag der Fraktion der CDU/CSU Stellung beziehen zu können, wovon wir gerne Gebrauch gemacht haben. Neben den in unserer Stellungnahme gemachten Anmerkungen im Detail, sind uns die folgenden Punkte wichtig: Die Modernisierung der Gebäudetechnik ist ein zentraler Hebel zur Erreichung der Klimaziele. Hier sollte vor allem die Erreichung von Zielwerten bei der CO<sub>2</sub>-Reduzierung auf Gebäude- und Quartiersmaßstab zählen und nicht



die Festlegung auf bestimmte Technologien. Anreize für den Einbau von Wärmepumpen im Neubau und den schnellen Austausch von Bestandsheizung sind sinnvoll. Nur muss statt des Verbots von bestimmten Techniken im Bestand zunächst die energetische Sanierung der Gebäudesubstanz weiter vorangetrieben werden und für jedes Haus müssen individuelle Lösungen ermöglicht werden. Hier muss die Politik verlässliche und intelligente Sanierungspfade aufzeigen und ermöglichen. Es gilt jetzt zunächst, niedrig hängende Früchte zu ernten: neue Techniken im Neubau und in geeigneten Altbauten sowie energetische Sanierung in der Breite der Substanz in Kombination mit intelligenten Quartiersansätzen. Die Energiewende wird nur dann effizient und effektiv gelingen, wenn unterschiedliche Ansätze ineinandergreifen und Raum für weitere Innovationen gelassen wird. Gleichzeitig gilt es aber auch, das Folgende zu betrachten: Neben der Sicherstellung der Technologieoffenheit und dem Zugang zu Daten müssen regulatorische Hürden und Markt-intransparenzen beseitigt sowie Beharrungskräfte und Engpässe im Markt überwunden werden, um eine schnellere Installation und Inbetriebnahme von erneuerbaren Energien-Anlagen zu ermöglichen. Hierzu gehört auch die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das Deutschlandtempo muss in der Tat auf alle Projekte und ihre Realisierung übertragen werden. Nur dann wird es gelingen, Deutschland erfolgreich krisenfest zu machen und die ambitionierten Klima- und Energieziele umzusetzen. Neben einer Klima- und Energiewende braucht es aber auch eine Bildungswende. Notwendig ist eine Bildungswende hin zu mehr Wertschätzung der beruflichen Bildung und eine gesetzliche Verankerung der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Nur so wird es gelingen, die Attraktivität der beruflichen Bildung so zu erhöhen, dass die notwendigen Auszubildenden und Fachkräfte gerade für das Handwerk insgesamt und die klimarelevanten Gewerke im Speziellen gewonnen werden können. Die Umsetzung des bereits von Seiten der Politik versprochenen Belastungsmoratoriums staatlicher Regulierung, gerade für kleine und mittelgroße Unternehmen, ist notwendig, damit die Handwerksbetriebe nicht nur die regulatorischen Rahmensetzungen, die mit der Energiewende einhergehen, stemmen können, sondern sich auch darauf konzentrieren können,

erfolgreich zu arbeiten, um die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen zu meistern. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Als nächstes bitte Frau Doktor Weber-Moritz.

**SV Dr. Melanie Weber-Moritz** (Deutscher Mieterbund e. V.): Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich vorweg sagen, dass, wenn es uns nicht gelingt, eine ausreichende soziale Flankierung der Wärmewende hinzubekommen, wir auf eine dramatische Situation im Mietwohnungsmarkt hinauslaufen werden. Ich mache es mal deutlich: Die Mieten steigen ungebremst, das war auch während der Pandemie so. Und um ein Beispiel zu nennen: Der aktuelle Mietspiegel in München ist sage und schreibe um historische 21 Prozent gestiegen und da reden wir über Bestandsmieten und nicht über Angebotsbeziehungsweise sogenannte Wiedervermietungs-mieten. Die Mietbelastung ist vor allen Dingen bei den einkommensschwachen Haushalten dramatisch hoch. Dazu kommt jetzt die sogenannte zweite Miete, nämlich die Nebenkosten. Auch hier noch mal ein Beispiel. Der Anteil der sogenannten energiearmutsgefährdeten Haushalte ist von 2021 bis 2022 von 14,5 Prozent auf 25,2 Prozent angestiegen. Und hier reden wir vor allen Dingen über Haushalte, die in unsanierten Gebäuden mit veralteten und Öl- und Gasheizungen leben. Hier haben wir natürlich vor allen Dingen mit Menschen zu tun, die besonders einkommensschwach sind. Wir haben es gerade gehört. Die absolute Mehrheit der Mieterinnen und Mieter, die lebt in Wohnungen, die mit Öl und Gas beheizt werden. Das sind 75 Prozent und 70 Prozent der Ölheizungen beziehungsweise 60 Prozent der Gasheizungen sind älter als 20 Jahre, damit überwiegend ineffizient. Der Handlungsbedarf ist enorm, sowohl was die Technik angeht, als auch das Gebäude selber. Die Klimaziele sind ja allen gut bekannt. Was muss getan werden? Wir plädieren sehr stark dafür, das Thema bezahlbares Wohnen und Klimaschutz viel stärker zusammenzudenken. Um es vorwegzunehmen, den Entwurf des GEG haben wir eindeutig begrüßt. Die Ziele sind absolut richtig, jedoch müssen wir es einfach schaffen, stärker die Sozialverträglichkeit hier reinzubringen. Auch der vorliegende Antrag der



CDU/CSU-Fraktion ist aus unserer Sicht hier noch viel zu wenig auf diese sozialen Aspekte ausgerichtet. Wir wünschen uns, dass es konkrete Maßnahmen gibt, um diese soziale Rahmensetzung besser hinzubekommen. Das betrifft sowohl das Mietrecht als auch die Fördermittel, die deutlich angehoben werden müssten. Zum Thema Modernisierungsumlage werde ich hoffentlich nachher noch mehr sagen können. Aber um es vorwegzunehmen: Aktuell ist es so, dass über die sogenannte Modernisierungsumlage die Kosten im Mietwohnbereich komplett durchgereicht werden können. Die Investitionskosten können ja in Höhe von 8 Prozent dauerhaft auf Mieter umgelegt werden. Und hier ist eine rein kostenbasierte Maßnahme zugange, die viel zu wenig berücksichtigt, dass die Mieterinnen und Mieter am Ende des Tages die Kosten alleine tragen werden. Deswegen muss hier dringend eine Reform der Modernisierungsumlage vorgenommen werden. Danke.

Der **Vorsitzende**: Schönen Dank, Frau Weiß, bitte.

**SV Uta Weiß** (Agora Energiewende): Guten Tag, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier zu sprechen. Seit 2014 stagnieren die Gebäudeemissionen nahezu. Das heißt, das sind fast zehn Jahre, in denen wir kaum Emissionsminderung erreicht haben. Nun müssen wir die Emissionen bis 2030, also in sieben Jahren, um 40 Prozent senken. Das heißt, wir müssen ganz andere Geschwindigkeiten sehen als bisher. Und der Gebäudesektor ist von Natur aus träge, er hat lange Lebensdauern und Investitionszyklen. Deshalb müssen alle Maßnahmen so gestaltet werden, dass sie unverzüglich wirken. Jede Investition im Gebäudereich muss zum Ziel der Klimaneutralität passen. Dabei gilt, dass wir auf belastbare Optionen setzen müssen, nicht auf Zukunftshoffnung. Es gibt drei zentrale Hebel von dem Gebäudesektor und wir brauchen sie alle. Der erste Hebel ist der Heizungstausch. Die Wärmepumpe wird zur neuen Standardheizung. Das ist die zentrale Stellenschraube und an ihr hängt der Ausstieg aus Öl und Erdgas. Wir sind jetzt in der glücklichen Lage, dass diese entscheidende Technologie, die wir brauchen, eine sehr hohe Marktreife hat. Bedauerlicherweise hinkt Deutschland anderen Ländern hinterher, wenn es darum geht, die Wärmepumpe in die Fläche zu bringen. Wir brauchen

deshalb Instrumente, die diesen Markt schnell und zuverlässig zum Hochlaufen bringen. Das ist auch industriepolitisch relevant. Wir sehen, was schon die politische Ankündigung im letzten Jahr ausgelöst hat. Einer der größten deutschen Hersteller will seine Produktionskapazitäten für die Wärmepumpe versiebenfachen. In Bezug auf Ausnahmen und Flexibilität lauern hier zwei Fallen, in die man nicht tappen darf. Die erste Falle ist das Prinzip Hoffnung bei Wasserstoff. Diese Mengen sind nicht da. Der Wasserstoff ist langfristig zu teuer und wir brauchen ihn dringend anderswo. Die zweite Falle ist die Übernutzung der Biomasse. Biomasse ist ein bisschen unser Reserveantibiotikum. In bestimmten schwierigen Fällen brauchen wir sie und zwar sehr dringend. Wir dürfen sie aber nicht in der Breite anwenden. Der zweite Hebel ist die Gebäudesanierung. Bei der Sanierung hängen wir seit Jahren bei einer Sanierungsrate von gut einem Prozent. Dabei geht hier viel mehr. Gebäudesanierung ist heute noch wirklich kompliziert. Hier gilt es, einen Markt zu entwickeln. Wir müssen eine stabile Nachfrage schaffen und ein besseres, einfacheres, schnelleres Angebot für Sanierungen. Ich denke an modulare und serielle Konzepte und optimierte Prozesse, die eine viel höhere Produktivität schaffen. Daran arbeiten wir auch bei Agora. Der dritte Hebel sind die Wärmenetze. Auch da stehen wir gerade erst am Anfang der Transformation. Und die Einführung der Bundesförderung effiziente Wärmenetze hat zu lange gedauert. Die gute Nachricht ist: Es gibt extrem viele mögliche Wärmequellen. Die Wärmenetze bietet das breiteste Technologieportfolio. Und sie sind die ideale Kombination von Bezahlbarkeit und Geschwindigkeit, aber regulatorisch sind wir in Deutschland hinterher. Deshalb braucht auch das große politische Aufmerksamkeit. Wir hatten im Stromsektor den Mut, auf Erneuerbare zu setzen, und jetzt haben sie sich im Strom auch klar durchgesetzt. Dieser Schritt steht bei der Wärme noch aus.



Der **Vorsitzende**: Sie müssen zum Schluss kommen. Danke schön. Wir kommen nun in die Debatte. Die erste Frage geht an die SPD, Herr Gremmels.

Abg. **Timon Gremmels** (SPD): Ganz herzlichen Dank. Ich würde zunächst Frau Messari-Becker befragen. Und zwar haben Sie auch schon ausgeführt, dass es entscheidend ist, bei der Frage der Wärme viele Elemente - dass es nicht die eierlegende Wollmilchsau gibt oder den einen Ansatz, der alles andere schlägt, sondern es eine Kombination aus verschiedenen Dingen geben muss und deswegen würde ich Sie gerne bitten, wie aus Ihrer Sicht Gebäudesanierung, erneuerbare Wärmenetze und der Quartiersansatz ineinander greifen müssen, um am Ende Tage des Tages auch zügig im Wärmebereich die Energiewende hinzubekommen und dass auch sozial verträglich zu gestalten, für die Menschen am Ende des Tages finanzierbar. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Sie sehen auch die Uhr? Super. Alles klar. Danke.

SV **Prof. Dr. Lamia Messari-Becker** (Universität Siegen): Vielen Dank für die Frage. Wir brauchen letztendlich mehrere Optionen, Wärmepumpen, Biomasse, Biogas, Geothermie, Nahwärme, Fernwärme. Wir brauchen autarke Lösungen. Ich kenne die Diskussion um Wasserstoff. Da kommen wir später dazu. Alle Optionen, meist natürlich auch in Kombination mit PV-Strom oder Solarthermie oder beides, inklusive hybride Lösungen. Wir brauchen aber auch mehrere Technologien, wie die Energiegewinnung über Verdichtung. Achtung, das ist die Wärmepumpe, ich brauche sie, ich brauche aber auch durch Umwandlung, etwa Brennstoffzellen, chemische Reaktionsenergie in elektrischen Strom und Wärme. Ich brauche Technologien über Änderung der Aggregatzustände, Stichwort Eisspeicher sowie mehrere Effizienztechnologien, selbstverständlich Wärmedämmung, doppelte Fassaden, Kraft-Wärme-Kopplung, kleine und große BHKW, digital optimierte Heizungs- (Tonstörung) – oder auch Rückgewinnung von Wärme und Kälte. All das muss adressiert werden. Jetzt kommen wir zu dem Thema. Wenn das alles für das einzelne Gebäude zu teuer ist, zu kompliziert ist, auch da gibt es sehr viele

Hemmnisse, können wir uns ein größeres Handlungsfeld erschließen, nämlich das Quartier, wo Menschen schneller gemeinsam sanieren können, gemeinsam erneuerbare Energien erzeugen, gewinnen und speichern können. Wir müssen aber das natürlich mit der kommunalen Energiewende auch denken, mit kommunalen Wärmeplänen. Ich bin gar nicht für eine einzige Option. Übrigens gehöre ich keinem einzigen Fanclub für irgendeine Technologie oder Ebene an, sondern wir brauchen wirklich alle. Sie alle, die hier heute sprechen, brauchen wir. Wir müssen alles zusammenkratzen, was geht, aber es heißt, wir müssen mehrere Optionen nutzen, die jetzt schon existieren. Wir müssen mehrere Ebenen adressieren. Gebäudequartier und Stadt und wir müssen sie miteinander verzahnen und darauf muss sowohl das Ordnungsrecht reagieren als auch die Förderung und auch alle Ausschreibungsverfahren der Bundesregierung beispielsweise im Bereich Kraftwerksstrategie. Insofern halte ich tatsächlich die Energiewende - oder der Antrag könnte einen Paradigmenwechsel einläuten und die Regierung könnte hier tatsächlich zusammenkommen mit einigen Ideen, Beispiel Quartiersansätze, Beispiel kommunale Wärmepläne oder auch eine ganz andere Förderung, die sich an CO<sub>2</sub>-Minderungen orientiert und nicht nur an einer Materialschlacht, die wir uns nicht leisten können angesichts der Lieferkettenproblematik und Rohstoffen. Und noch einmal vielleicht zum Thema kommunale Wärmepläne. Dreißig Sekunden noch, oder? Ich schließe trotzdem ab. Verzahnung aller Möglichkeiten und vor allem lokal die Dinge nochmal durchdenken, anstatt 2024 vorzuschreiben. Aber die Regierung hat selber die Hausaufgaben nicht gemacht, nämlich im Bereich erneuerbare Wärme und im Bereich kommunale Wärmepläne.

Der **Vorsitzende**: Danke. Die nächste Frage stellt die CDU/CSU-Fraktion, Frau König, bitte.

Abg. **Anne König** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich freue mich, dass wir heute auf unsere Initiative diese Anhörung stattfinden lassen können. Vielen Dank schon mal an alle Experten, dass Sie sich die Zeit heute genommen haben. Uns ist es ein besonderes Anliegen, dass die Wärmewende versorgungssicher, nachhaltig und sozial ausgestaltet ist und dass wir ohne Scheuklappen an die gesamte Thematik herangehen, die doch eine



große Herausforderung darstellt, insbesondere für die Menschen vor Ort, die direkt und unmittelbar von allen Regelungen, die wir hier beschließen, betroffen sein werden. Und ich habe eine Frage an den Herrn Bramann, wenn es darum geht, pragmatisch und praxisorientiert vorzugehen. Sie haben vorhin den Begriff ad hoc in den Mund genommen. Wie lange müsste für Ihre Branche der Vorlauf sein, damit sich alle Beteiligten auch auf die neuen Regelungen einstellen und alle aktuellen Aufträge abgearbeitet werden können? Und reicht hier dieses besagte halbe Jahr? Zweite Frage, welche Vorschläge haben Sie für das Gelingen der Energiewende, wenn wir sagen, wir benötigen einen ganzheitlichen Fahrplan? Wie könnten diese ihrer Meinung nach praxisnah umgesetzt werden?

Der **Vorsitzende**: Herr Bramann, bitte.

SV **Helmut Bramann** (ZVSHK): Danke. Jetzt müsste ich ja eigentlich sechs Minuten kriegen, weil es zwei Fragen waren. Aber ich beeil mich. Zu dem ersten Thema: Wir sind derzeit in einer Situation... Seit Mitte letzten Jahres ist die Bundesregierung dabei, die EEG-Novelle vorzubereiten. Es gab ein Eckpunktepapier. Aber wir haben bis heute keine Klarheit. Gestern gab es eine Verkündung, dass man sich geeinigt habe. Viele Details sind da nach wie vor offen. Und wir haben das riesen Problem im Markt, dass es einen entsprechenden Auftragsvorlauf braucht. Auch die Energieberater müssen letztendlich in allen Details, auch in Interpretationsfragen wissen, was rechtssicher zu beraten ist. Wir haben mit dem Auftragsvorlauf und den Lieferschwierigkeiten, aber auch mit den Förderantragsverfahren, die auch eine gewisse Zeit brauchen. Derzeit sind das weit über hundert Tage bis sie die Genehmigung kriegen. Es ist tatsächlich so gegeben, dass jetzt schon Vertragsanbahnungen laufen für das Jahr 2024, die 2024 zur Abwicklungen kommen sollen. Sie laufen oder sie laufen nicht. Das ist eben das Problem, in das wir reinlaufen. Wenn wir also jetzt zum 1. Januar 2024 Regelungen scharf schalten, die wir jetzt noch nicht kennen, und dann gleichzeitig vielleicht Wege mit beschreiten und Wege verbauen, zu denen vielleicht einzelne Kunden jetzt noch Zugang hätten und sich das wünschen und dann rutscht vielleicht aufgrund von Lieferschwierigkeiten die Auftragsrealisierung in

2024 rein, dann muss man Folgendes wissen: Diese 48 000 Betriebe plus x, die in der Umsetzung sind, die bewegen sich im Werkvertragsrecht. Die machen die Bestellung nach dem Auftragseingang, hoffen, dass das ganze Material rechtzeitig da ist. Wenn nicht, rutscht der Auftrag nach hinten oder wird auch schon für 2024 terminiert. Sie müssen aber im Werkvertragsrecht nach anerkannten Regeln der Technik ihre Leistung abliefern und natürlich auch nach dem gesetzlichen Rahmen. Und wenn der gesetzliche Rahmen das nicht mehr öffnen sollte, was derzeit vertraglich abgeschlossen wird, dann laufen wir an der Stelle in einen Supergau mit Liquiditätsproblemen, mit Fehlbestellungen, mit Nichtabnahmen, mit massenweise unzufriedenen Kunden, aber vielleicht auch mit Unternehmen, die über den Jordan gehen, um es mal so flapsig zu sagen. Also die konkrete Frage "Wie lange?" Ich würde sagen, mindestens ein Jahr. Mindestens ein Jahr Vorlauf bräuchte es, um Regeln scharfzuschalten, die man jetzt im GEG formuliert. Ab dem Jahr, wo sie wirklich feststehen und zur Beratung und Interpretation in die Wertschöpfungskette gegeben werden. Zweiter Punkt, ja, ich hatte das angesprochen.

Der **Vorsitzende**: Sie müssen den zweiten Punkt dann wirklich verschieben, denn die Redezeit ist abgelaufen. Aber Sie kriegen sicher noch eine Frage. Als nächstes Herr Herrmann, bitte.

Abg. **Bernhard Herrmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Den volkswirtschaftlichen Vorteilen des effizienten Heizens mit Erneuerbaren – Klimaschutz, Betriebskosten, Energieunabhängigkeit, den fossilen Diktaturen die scharfe Waffe der Energie aus den Händen zu nehmen – steht in vielen Fällen eine schwierig darstellbare, kurzfristige Einzelwirtschaftlichkeit des Heizungs-austauschs in Verbindung mit der Sanierung der Gebäudehülle gegenüber. Meines Erachtens begründet sich allein schon daraus ein grundsätzlicher maßgeblicher Förderbedarf, denn die Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer haben die schwierige Situation durch viel zu langes Zögern in diesem Land nicht zu vertreten. Frau Doktor Weber-Moritz, Sie betonen in Ihrer Stellungnahme, dass wir vor allem auch die zukünftigen Heizkosten viel stärker in unsere Bewertung



nehmen müssen. Was bedeutet das genau im Hinblick auf Investitionsentscheidungen und beim Austausch von Heizungsanlagen, Stichwort synthetische Gase und Wasserstoff? Und wie bewerten Sie die Vorschläge der CDU/CSU-Fraktion im Hinblick auf zukünftige Heizkosten?

Der **Vorsitzende**: Frau Doktor Weber-Moritz, bitte.

**SV Dr. Melanie Weber-Moritz** (Deutscher Mieterbund e. V.): Vielen Dank. Ich hatte in meinem Eingangsstatement schon betont, dass wir mit dem Instrument der Modernisierungumlage im Moment das Problem haben, dass sämtliche Kosten, sowohl für die Sanierung, als auch für die technischen Erneuerungen umlegbar sind. Das Problem der Modernisierungumlage ist aber nicht nur, dass die Kosten dauerhaft umgelegt werden können, bei Beachtung von acht Prozent der Innovationskosten und einer Kappung von zwei bis drei Euro pro Quadratmeter - je nach Miethöhe -, sondern dass auch die Instandsetzungskosten nicht ausreichend abgezogen werden. Und zwar gibt es ein Urteil des BGH von 2020, in dem noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen worden ist, dass bei einer Modernisierungumlage eine Instandsetzung abgezogen werden muss. Das nennt sich fiktive Instandhaltungskosten. Das heißt, auch, wenn ein Bauteil noch nicht komplett defekt ist, muss das abgezogen werden. Und wir haben bei einer Berechnung mal festgestellt: Würde man das immer korrekt berechnen und eine entsprechende Förderung als Vermieter auch in Anspruch nehmen, das wird nämlich in der Regel nicht getan, nur in 5-10 Prozent der Modernisierungsmaßnahmen wird überhaupt eine Förderung von den Vermietern in Anspruch genommen, und würde das getan, würden sich die umlegbaren Kosten extrem reduzieren. Wir haben eine Beispielrechnung angestellt bei einer 70-Quadratmeter-Wohnung, wo eine Wärmepumpe ausgetauscht wird, und haben festgestellt, dass die Unterschiede in der Miethöhe zwischen 75 Euro pro Monat Mieterhöhung bei nicht korrektem Abzug und Nichtinanspruchnahme der Förderung und bei 8,70 Euro pro Monat bei Inanspruchnahme der Förderung und einem korrekten Abzug unterscheidet. Also ein enormer Unterschied. Also hier ganz wichtig: Es gibt dieses BGH-Urteil, es finden aber in der Realität nach unseren Erfahrungen diese korrekten Abzüge nicht statt. Und das müsste nachgebessert

werden. Und, was die zukünftigen Heizkosten angeht, auch hier der Blick bei den sozialen Aspekten der Wärmewende, ganz wichtig, auch die Energiekosten im Blick zu haben. Wir sind kritisch, was die Variante Wasserstoff angeht, weil wir das erstmal – das zeigen viele Studien - für in der Breite nicht umsetzbar halten. Auch, was die Preise angeht, wird es schwierig. Man darf nicht vergessen: Im Mietwohnbereich werden die Kosten für das Heizen komplett weitergereicht. Das heißt, der Vermieter hat an sich erstmal gar keinen Anreiz, hier die günstigste Variante zu wählen, weder, was die Technik angeht, noch, was die Wahl des Brennstoffes angeht. Hier muss aus unserer Sicht dringend nachgebessert werden, damit auch die zukünftigen Heizkosten viel stärker in den Blick genommen werden, damit die Mieterinnen und Mieter nicht überbelastet werden. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Herr Hilse für die AfD, bitte.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Frage richtet sich an Frau Professorin Messari-Becker. Ich habe Ihre Stellungnahme gelesen und Sie weisen zurecht darauf hin, dass Windkraft und Photovoltaik nicht durchgehend liefern können, so in Ihrem Statement. Und da schreiben Sie dann in diesem Absatz, „ungeachtet dessen gehören Speicherkapazitäten und -technologien sowohl im Bereich Strom als auch Wärme dringend aufgebaut.“ Bei Wärme ist mir klar, dass man Wärme speichern kann. Also das kostet natürlich ein bisschen Energie, aber welche Speicherkapazitäten haben Sie denn jetzt beim Strom im Blick?

Der **Vorsitzende**: Frau Messari-Becker, bitte.

**SV Prof. Dr. Lamia Messari-Becker** (Universität Siegen): Wir haben auf jeden Fall Zeiten, wo eine sogenannte dunkle Flaute ist. Das kann man nicht verleugnen. Das hat auch Robert Habeck erstmal abgeräumt. Deshalb brauchen wir diese Speicherkapazitäten, Speicherinfrastruktur. Was wir im Moment haben, das ist das, was die Studien der Kollegen, die sich mit Netzen auskennen, die sagen, 30 Minuten hat Deutschland, um das zu überbrücken. In der Zukunft muss es eben deshalb da-



rum gehen, entweder so viel Strom zu produzieren, dass man mit Wasserstoff und seiner Lagerung irgendwie überbrücken kann. Oder aber, mein Vorschlag, das doch zu kombinieren in dem Sinne, dass ich im Bereich Wärmewende auch Geothermie, Biogas, Biomasse und so weiter nutze. Es kann doch nicht sein, dass eine grundlastfähige Energiequelle wie Geothermie, mit der wir fast 25 Prozent des Endenergiebedarfs abdecken können, dass sie so brach liegt, dass sie so stiefmütterlich behandelt wird von der Bundesregierung. Die Wärmewende hätte ja auch vor 30 Jahren beginnen müssen, als man damals das sogenannte Erneuerbare-Energie-Vergütungsgesetz erlassen hat. Da hat man damals schon nur Wind und Photovoltaik adressiert. Das fällt uns jetzt auf die Füße. Selbst wenn wir immer mehr Wind und Photovoltaik ausbauen, dafür bin ich, aber die Speicherung über Wasserstoff, also wer Wasserstoff als energieintensiv betrachtet, das ist es, aber auch bei der Speicherung wird es uns nicht sehr weit bringen. Insofern noch einmal: Wir brauchen eine Diversifizierung der Energiewende hin zu grundlastfähigen Energiequellen, aber auch im Wärmebereich. Und das ist für mich auch Geothermie, auch Biogas, auch Biomasse, natürlich alles in Maßen. Man wird nicht das alles und überall realisieren können, aber wir brauchen tatsächlich eine diversifizierte und versorgungssichere Energiewende. In diesem Pfad der Transformation, bis man das Energiesystem insgesamt klimafreundlich aufgestellt hat, brauchen wir natürlich einen Plan, der die Ausstiege aus fossilen Energien mit den Einstiegen in erneuerbare Energien kombiniert und plant, und nicht jedes Mal in einen Überbietungswettbewerb zurückfällt, sondern konsequent dabei bleibt, auszubauen, zu speichern und grundlastfähig zu machen. Ich hoffe, ich konnte Ihre Fragen ein bisschen zumindest beantworten.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank, Herr Stockmeier, FDP, bitte.

**Abg. Konrad Stockmeier (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich werde meine Frage an Herrn Staudt richten. Ich darf zu Frau Messari-Becker aber noch ganz kurz anmerken: Sie haben mir aus der Seele gesprochen, auch noch mal mit Ihrem Appell für eine Technologievielfalt, insbesondere Geothermie. In meinem Heimatwahlkreis

Mannheim wird die Fernwärme darauf umgestellt. Das ist auf einem sehr guten Weg. So ein Zeichen der tätigen Hoffnung, das kann man ja auch mal hier in dieser Anhörung platzieren. Herr Staudt, was mich noch interessieren würde, ist Folgendes: Bezüglich der Kosten für die Wärmepumpe werden manchmal Zahlen in den Raum gestellt, in den Medien, die von dem, was wir in der Praxis erleben, deutlich abweichen. Das eine sind in der Tat Kostensenkungseffekte, die wir durch den Industriehochlauf sehen. Gleichzeitig werden die Handwerkerdienstleistungen verständlicherweise teurer. Materialkosten werden auch nicht gerade günstiger. Und dann noch die Anmerkung: Diese ganzen Kostenbetrachtungen - wenn auch immer der Wasserstoff für die weitere Zukunft angeblich so teuer geredet wird. Diese Studien machen, wenn es zum Schwur kommt, immer wieder ganz merkwürdige, statische und eben nicht dynamische Annahmen. Und wenn ich jetzt noch mal damit rein rechne, was die ganzen Infrastrukturen, die wir dafür schon haben, die wir in anderen Bereichen dafür ausbauen müssten, mit einrechnen würde, dann stellt sich das auch wirklich anders dar als es manchmal transportiert wird. Herr Staudt, ich freue mich auf Ihre Antwort.

**Der Vorsitzende:** Herr Staudt, bitte.

**SV Markus Staudt (BDH):** Vielen Dank. Erst mal muss man vorausschicken: Für viele Menschen sind die Investitionskosten bei der Heizungsmodernisierung die entscheidende Frage: Das ist die Investition, die Sie am Tag x stemmen müssen, und die kann variieren von 8 000 bis mehrere zehntausend Euro. Das hängt dann vom Gebäude und der Technologie ab und der Situation, die ich vorfinde. Wir erheben als Industrieverband keine Preise aus Compliance-Gründen. Klar. Aber was uns irritiert, ist natürlich, was in den Medien teilweise kursiert an Preisen, die hier genannt werden. Und zwar muss man aufpassen, ist es nur der Preis für das Gerät, nur für die Heiztechnik oder ist es der Preis, die Kosten für die Maßnahme? Und da muss man aufpassen, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleicht. Wenn ich eine Maßnahme im Gebäudebestand durchführe, einen Systemwechsel, dann ist der einfach aufwändiger. Das heißt, wenn ich heute eine Wärmepumpe in ein Gebäude einbaue, wo vorher eine Gasheizung oder eine Ölheizung war, dann ist der Aufwand



erstmal größer und damit die Kosten entsprechend hoch. Die Heizungsindustrie hat sich bei der Wärmepumpe ganz klar committed und investiert massiv in den Hochlauf und wird hier auch Skaleneffekte erschließen können. Trotzdem bleibt die Technologie eine anspruchsvolle Technologie auf der ganzen Wertschöpfungskette. Und ich erwarte jetzt keine Preisreduktionen in dem Bereich der Standardtechnologie, wie wir sie heute sehen, Größenordnung 8 000 bis 10 000 Euro für die gesamte Maßnahme. Deswegen, glaube ich, ist es extrem wichtig, eine Vielfalt an technologischen Lösungen den Menschen anzubieten. Das tut die deutsche Heizungsindustrie. Man muss vor Ort entscheiden. Wie sind die Gebäude? Wie ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit? Wie ist die Energieversorgung vor Ort? Wie sind leitungsgebunden Energieträger anliegend? Und danach muss der Kunde für sich die passende Lösung raussuchen. Und wir haben heute schon gehört, wie vielfältig das ist, von vielen Vorrednern, die hier zur Verfügung stehen. Für uns ist entscheidend, dass am Ende eine effiziente, moderne Anlagentechnik eingebaut wird und die Wärmepumpe ist hier mit Sicherheit eine absolute Spitzentechnologie, die jetzt schon in der Breite zum Einsatz kommt, was auch weiter der Fall sein wird. Aber daneben brauchen wir auch noch andere Lösungen gehört auf Basis von Holz, von Biomasse, auf Basis von Solarthermie, von Strahlungsenergie, von grünen Molekülen. Das werden wir alles brauchen, auf Basis von Wärmenetzen, auf Kraft-Wärme-Kopplung. Das werden wir alles brauchen, wenn wir die Wärmewende im Gebäudebereich schaffen wollen.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank, Herr Staudt. Die nächste Frage geht an Herrn Lenkert von den Linken.

**Abg. Ralph Lenkert (DIE LINKE.):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Die Akzeptanz der Wärmewende hängt wesentlich von der Bezahlbarkeit für Mieterinnen ab und für Eigentümer von selbstgenutztem Wohnraum. Herr Dümpelmann, Sie kritisieren die Pauschalität des Ansatzes im Bereich des Gebäudeenergiegesetzes. Können Sie dies ausführen, bezogen auf die Verschiedenheit der Gegebenheiten der kommunalen Wärmeplanung und wieso ist die Rede von Technologieoffenheit dennoch missverständlich?

**Der Vorsitzende:** Herr Doktor Dümpelmann.

**SV Dr. Matthias Dümpelmann (8KU GmbH):** Vielen Dank für die Frage. Das mit der Technologieoffenheit hat vielleicht mit der unvorsichtigen Nennung des Wortes Fanclub zu tun, aber dazu später. Im Gebäudeenergiegesetz ist endlich eine klare Wende zugunsten der Wärmewende zu erkennen. Aber es ist alles ein bisschen sehr pauschal, denn wir haben von verschiedenen Vorrednern gehört, dass die Ansätze, eine Wärmewende umzusetzen, auf extrem unterschiedlichen Voraussetzungen beruhen können. Herr Stockmeier hat ja eben Mannheim mit der Geothermie erwähnt. Man könnte noch die Stadtwerke München erwähnen, die auf einem riesen Geothermie-Potenzial sitzen. In Köln wird es die Abwärme in der Fernwärme wesentlich sein. Wir haben in Mannheim noch Großwärmepumpen, bei den Stadtwerken Leipzig, um nur einiges aus meinem Club zu nennen, da wird man ein ganzes Bündel von Maßnahmen haben, auch, weil dort das mitteldeutsche Industriedreieck ist, Chemiedreieck. Man wird dort nicht für Einzelhäuser, aber doch für die Industrie, die da hinein gehört in die Frage der Wärmewende, Wasserstoff bereithalten. Also man wird tatsächlich und das ist der wesentliche Umstand bei einer kommunalen Wärmeplanung sich der Heterogenität des Angebotes aussetzen müssen und dort ein Optimum raussuchen. Das ist aber nicht optimal, dieses Optimum, wenn es nicht gekoppelt wird mit einer Betrachtung der verfügbaren Infrastruktur. Und gekoppelt wird auch übrigens, das hat Herr Stockmeier in einem Nebensatz erwähnt, auch mit der Frage zum Beispiel der Abschreibungen auf diejenigen Technologien, die da sind, die man aber nicht braucht. Erst dann wird man am Ende des Tages zu einem wirklich kostenoptimierten Bündel an Umsetzungsmaßnahmen für die Wärmewende vor Ort gelangen. Das, sobald es robust ermittelbar ist, sollte auch zugunsten der Erwartungssicherheit für Industrie, für Gewerbe und für jeden einzelnen Haushalt tatsächlich umgesetzt werden, damit klar ist, zu welchem Zeitpunkt werde ich denn eigentlich im Viertel XY an eine Fernwärme angeschlossen werden können. Und um jetzt ein kleines Beispiel zu nennen, was alles so fehlt in diesem Riesenbalken der Wärmewende. Wir haben die Wärmelieferverordnung, die eigentlich die Mieter schützen soll, die aber de facto dazu führt,



dass sie Fernwärme, selbst wenn sie klimaneutral ist, im Bestand nur dann anschließen können, wenn diese Fernwärme günstiger ist als die Ölheizung der letzten drei Jahre im Durchschnitt. Ein vollkommen falsches, unzureichendes zeitliches Verhältnis. Ich vergleiche Vergangenheit mit Zukunft. Das gehört zu den vielen Elementen, die renoviert werden müssen. Es gibt einen Entschließungsantrag einer Fraktion, der noch beim BMWK zur Umsetzung ist. Wenn ich trotzdem mit der Technologieoffenheit manchmal Schwierigkeiten habe, dann ist es eigentlich nur eine Klärungsnotwendigkeit bezogen auf den Begriff, denn am Start bei der kommunalen Wärmewende muss ich mir genau angucken, welche Möglichkeiten ich denn eigentlich habe. Was sind die Technologien, haben wir eben gesagt, was die Zahlungsbereitschaft, die Zahlungsmöglichkeiten? Welchen Gebäudebestand, welche Infrastruktur habe ich? Dann werde ich in der kommunalen Wärmeplanung für ein Viertel tatsächlich eine vorzugswürdige Struktur der Wärmewende einschließlich auch einer zeitlichen Dimension erarbeiten. Ab dann gibt es keine Technologieoffenheit mehr, denn das würde dazu führen, dass ich kannibalisierende Effekte auch über die Förderung habe. Wenn man es aber macht - unter Vollkostengesichtspunkten tatsächlich vorzugswürdige Strategien zu entwickeln -, dann ist das auch am Ende die kostengünstigste Möglichkeit für die Mieter.

**Der Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Wir sind jetzt auf drei Minuten. Herr Rimkus für die SPD.

**Abg. Andreas Rimkus (SPD):** Danke. Vor dem Hintergrund, was wir gehört haben, Herr Hinrichs eine Frage, die ich an Sie richten möchte, mit einer Bemerkung vorweg, Disclaimer. Ich bin Elektromeister, arbeite bei den Stadtwerken Düsseldorf, das seit 44 Jahren. Ich baue Stromnetze, alles von Hochspannung runter bis zum Niederspannungsanschluss. Vor diesem Hintergrund bin ich übrigens ein Fan der Moleküle. Ich würde gerne fragen, wenn das alles, was wir gehört haben, uns ein Stück weit überfordert, wenn wir zu schmal auf eine bestimmte Technologie setzen, zum Beispiel insbesondere auf die Gebäudehülle, weil mir in Erinnerung ist, dass der Wohnungsbautag letztes Jahr, der in Berlin tagte, festgestellt hat, dass zur Erhöhung der Sanierungs-

quote auf das gesetzliche Maß bis 2030 zwei Billionen Euro notwendig wären. Da stellt sich mir die Frage: Ist es klug, all das ganze Geld in ein Nest zu legen und dann nur ein Ei zu transportieren? Oder ist es nicht vielleicht klüger, eine breitere Lösung anzustreben, in technische Gebäudeausrüstung zu investieren? Mein Gebäude, was ich bewohne, ein Genossenschaftsgebäude müsste verkauft werden. Meine Genossenschaft sagt, die Investitionskosten sind zu hoch, die anschließende Miete, die genommen werden müsste, wäre nicht mehr „genossenschaftslike“. Können Sie mir da helfen?

**Der Vorsitzende:** Herr Hinrichs, bitte.

**SV Jan Peter Hinrichs (BuVEG):** Ich hoffe, ich kann. Ich würde mal sagen, das sind Investitionen von zwei Billionen über mindestens 30 Jahre. Wir reden alle über 2045. Die teilen Sie mal auf 30 Jahre auf. Wenn Sie die Lebensdauer der Gebäudehülle von über 50 Jahren sehen, mindestens, also die meisten über 50 Jahre, dann ist das eine sehr gute Investition. Alle anlagentechnischen Maßnahmen erleben diese 50 Jahre meist nicht. Da kommt der Heizungsbauer zwei oder dreimal vorbei in der Zeit. In der Hinsicht ist das natürlich schon eine sehr sinnvolle Investition. Sie haben natürlich auch große Nebeneffekte, die darf man auch nicht mindern. Ihre Behaglichkeit im Haus steigert sich. Sie haben keine Schimmelpilzprobleme, was ja auch passieren kann, gerade jetzt bei dem Thema des Gases. Wir reduzieren einfach mal die Temperatur im Gebäude. Da kommt es natürlich zu Kondensatbildung an den Außenflächen. Und das ist natürlich der Nährboden auch für Schimmelpilze. Um das zu vermeiden, machen Sie eine gute Gebäudehülle. Daher ist die Investition auf jeden Fall immer sinnvoll. Sie reduzieren den Energiebedarf und Sie eröffnen die Technologieoffenheit, weil eins ist klar: In eine Gebäudehülle, die gut ist, können Sie jede Anlagentechnik einbauen. Da können Sie sogar in der Apotheke vorbei fahren und sich etwas kaufen, was Sie verbrennen, das wird nämlich Ihr Gebäude warm machen. Das ist, glaube ich, der Clou an der ganzen Nummer. Daher kann ich nur sagen, diese Kosten, wenn sie denn so sein sollten, was ich noch bezweifeln möchte, denn zum Beispiel die letzte Effizienzstrategie Gebäude ist zu einer anderen Zahl gekommen.



Der **Vorsitzende**: Herzlich Dank, Herr Hinrichs. Die Frage geht jetzt an Herrn Dr. Lenz von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Dr. Andreas Lenz** (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. Wir wünschen uns natürlich als Unionsfraktion, dass die Vorschläge, die Punkte, die heute besprochen wurden, die angeregt wurden, auch aufgenommen werden im Prozess des GEG. Wir brauchen alle Potenziale, dann wird es letzten Endes günstiger, effizienter, aber auch sicherer insgesamt. Ich würde einen Teil gerne herausgreifen, die Biomasse und dann noch mal Frau Rostek fragen, wie die aktuelle Förderkulisse aussieht bei den Biomasseheizungen, ob es da Potenziale zur Verbesserung gibt und auch, wie Sie die Vorschläge bewerten aus dem BMWK für 2024. Noch ein letzter Punkt: Was Sie denn zur Frage der Verfügbarkeit sagen, ob die Potenziale da sind, um Biomasse entsprechend zu nutzen? Es ist eindrücklich, dass 86 Prozent im Moment beim Wärmebereich aus der Biomasse stammen. Danke.

Der **Vorsitzende**: Frau Rostek, bitte.

SV **Sandra Rostek** (Hauptstadtbüro Bioenergie): Vielen Dank. Vorhin war von der Überhitzung durch die Biomasse die Rede. Die kann ich jetzt überhaupt nicht nachvollziehen, denn wir haben noch gar nicht angefangen, da überhaupt richtig einzusteigen. Und es geht auch nicht darum, in die Breite zu gehen, sondern es geht bei der Biomasse immer darum, die Nischen zu identifizieren, wo sie den größten Beitrag leisten kann. Das gilt übrigens nicht nur für die Wärme, sondern für alle Sektoren. Und da möchten wir einfach dafür werben, nicht in Verboten zu denken, sondern in einer Ermöglichungsstrategie, genau diese Nischen zu identifizieren. Ich habe eine genannt, das gemischte Quartierskonzept Bestand und Neubau. Da muss es auch möglich sein, das einzusetzen und so sollte gezielt auch die Chance der Biomasse genutzt werden. Und hier ist noch einiges möglich. Allein im Anlagenbestand ruhen noch sehr große Potenziale. Wir haben schon 10 000 Biogasanlagen in Deutschland und wir sind der Auffassung, dass wir bis 2030 allein im Bereich Biogas, Biomethan, die Produktion auf 135 Terawattstunden von heute zehn Terawattstunden ausweiten können, ohne dass wir übrigens neue Flächen benötigen würden, sondern

einfach durch intelligente Umsteuerung und Weiterentwicklung des Anlagenbestandes, durch Änderungen im Substratmix und viele andere Dinge mehr. Ein wichtiger Ansatzpunkt, denke ich, ist im EEG begründet, denn Wärme und Strom hängen bei der Biomasse eben auch immer zusammen. Da haben wir sehr beklagenswert feststellen müssen, dass es eine Entwicklung gegeben hat im EEG 2023, dass Biomethan quasi nur noch als Spitzenlastkraftwerk eingesetzt werden soll, also gar keine Wärmeauskopplung beispielsweise mehr stattfinden soll. Dann steht die auch für den Wärmesektor nicht zur Verfügung und wir halten das an der Stelle für einen falschen Weg und wir brauchen auch hier eine Anschlussregelung für die große Anzahl der Biogasanlagen in der Fläche.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Für Bündnis 90/Die Grünen, Herr Saleh.

Abg. **Kassem Taher Saleh** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag, Herr Vorsitzender. Mit Verlaub, Taher Saleh, bitte. Aber ich nehme das nicht übel. Wenn wir die Fanclub-Debatte aufmachen, bin ich eindeutig neben Dynamo Dresden im Fanklub von Bestandsanierung, von Energieeffizienz und Wärmepumpen. Aber zur Frage an Herrn Neuhoff. Eine Frage möchte ich auf der europäischen Ebene an Sie richten. Letzte Woche Dienstag hat das Europäische Parlament die EPBD (EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden) verabschiedet, wo auch die MEPS (Minimum Energy Performance Standards) mit einkalkuliert sind. Welche konkreten Chancen sehen Sie durch die Einführung von Mindestenergieeffizienzstandards für den Gebäudesektor in Deutschland? Und wie kann man im Rahmen der Umsetzung diese Standards sicherstellen, sodass wir eine Sanierungstiefe erreichen in der Bundesrepublik? Gleichzeitig aber sehen wir eindeutig, wie wir die einkommensschwachen Haushalte in der Hinsicht überfordern. Und diesen Spagat müssen wir auch auf der politischen Ebene setzen und hinbekommen. Daher noch mal die Frage an Sie: Wie sehen Sie den Spagat? Wie kriegen wir den Spagat hin? Auch vor dem Hintergrund, dass wir in Deutschland eine extrem geringe Sanierungsquote haben. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Dr. Neuhoff.



**SV Prof. Dr. Karsten Neuhoff** (DIW): Danke für die Frage. Ich glaube, wir können nicht durch ganz hohe Förderung alle Leute dazu motivieren, zu sanieren. Wir haben Koordinationsschwierigkeiten von Hauseigentümern. Mieter zahlen die Heizkosten, nicht die Vermieter. Wir haben die herausfordernde Priorisierung. Ja, ich mache es, nächstes Jahr, nächstes Jahr, da rutschen Sachen immer in die Zukunft hinein. Und wir haben die Erfahrung, wenn ich extrem hohe Heizkosten habe, springt der Staat ein. Das heißt, wir haben eigentlich für private Eigentümer viele Anreize, die Sanierung nicht anzugehen. Deswegen brauchen wir die Klarheit, dass wir sagen, die Gebäude, die so schlecht sind, dass sie fünf- bis zehnmal so viel Energie zum Heizen benötigen wie ein gutes neues Gebäude, die sollten einfach dringend saniert werden. Das ist der Vorschlag der MEPS. Bis 2033, die Gebäude, die schlechter als ein Mindeststandard sind, müssen saniert werden. Dazu gibt es verschiedene Strategien. Am besten ist natürlich, dass bis dahin, es sind meistens 30, 40 Jahre oder ältere Gebäude, die umfassend saniert werden. Wir könnten dazu fördern, dass die Sanierungsmaßnahmen gute Standards erreichen. Wenn die Gebäude das nicht haben, dann müssen wir entweder das anstoßen oder es gibt ein Portfolio von vielen Maßnahmen, die dann in Notfällen auch noch gemacht werden. Wir haben zum Beispiel Gebäudedecken in Einfamilienhäusern. Da kann ich 30 Prozent der Energie sparen für 4 000 Euro. Es gibt viele Einzelmaßnahmen, die wir dann in Notfällen auch machen können. So kann ich trotzdem ein recht gutes Niveau erreichen und insgesamt insofern Leute motivieren, die Maßnahmen zu machen und durch Fördermaßnahmen sicherzustellen.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, wir sind deutlich über der Zeit. Als nächstes Herr Hilse für die AfD.

**Abg. Karsten Hilse** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Frage geht an Herrn Bramann und ich gehe davon aus, wenn Sie quasi Sanitär und Heizung vertreten, dann sind Sie auch vom Fach. Also gehe ich mal davon aus. Oder unterhalten sich zumindest mit Leuten, die da im Moment tätig sind, ganz genau. Jetzt wird ständig darüber gesprochen, die Wärmewende soll sozialverträglich gemacht werden und so weiter und so fort. Aber können Sie den Zuschauern, es gibt

auch Leute, die hier zuschauen im Netz, mal sagen, ich gebe ein Beispiel: Ich komme aus einer Gemeinde, da sind die meisten Häuser aus den 20er Jahren, das hat damit was zu tun, dass bei uns Braunkohle gefördert wird und da haben sie sich da Häuschen gestellt. In das Häuschen, hundertfünfzig Quadratmeter, 20er Jahre soll eine Wärmepumpe eingebaut werden. Es geht nicht nur um den Einbau der Wärmepumpe, sondern es müssen andere Heizkörper unter Umständen eingebaut werden, eine andere Fensterdämmung. Mit welchen Kosten müsste der Eigentümer dieses Hauses rechnen, wenn er umstellt, von Ölheizung wirklich nur auf Wärmepumpe?

**Der Vorsitzende:** Danke. Herr Bramann.

**SV Helmut Bramann** (ZVSHK): Vielen Dank. Ich möchte natürlich jetzt keinen Preispaß als Anregung in die Wirtschaft geben. Das Kostenspektrum hängt von vielen Faktoren ab, vor allem auch von der Größe des Hauses. Aber wenn ich jetzt mal diese Ausstattung annehme, dann kann man Folgendes dazu sagen: Wir liegen bei den Wärmepumpen ungefähr bei 30 000 bis 40 000 Euro, je nachdem, was das für eine ist. Sie haben noch zusätzliche Maßnahmen, weil sie auch dämmen sollten, weil sonst verschleudern Sie einfach nur Geld. Die Dämmmaßnahmen verschlingen vielleicht noch mal das Doppelte, die gleiche Größenordnung auf jeden Fall. Sie haben unter Umständen ein Problem mit der Wärmeverteilung im Haus, alte Radiatoren, weil Sie geringere Vorlauftemperaturen haben. Bei hohen Vorlauftemperaturen erzeugt der Radiator, das kriegen Sie gar nicht mit, einen kleinen Luftstrom und dadurch wird die Wärme im Haus verteilt. Wenn sie nicht so eine hohe Vorlauftemperatur haben, wird da nichts mehr verteilt. Dann haben sie schon mal was wie einen Kamin an der Stelle und können sich direkt davor setzen. Insofern braucht man unter Umständen auch noch eine Fußbodenheizung. Und da sind Sie dann auch noch mal schnell mit 120 oder 150 Euro pro Quadratmeter dabei. Also Sie können das dann alles aufaddieren. Damit will ich jetzt Ihnen kein Angebot machen in der Kalkulation, aber vielleicht darf ich die 14 Sekunden nutzen, Ihnen zu sagen: Ich glaube, es braucht im Gebäudebereich auch einen Transformationspaß. Insofern könnten wir den Gebäudebestand clustern: Wir haben viele, viele Typen in Deutschland,



die Mehrheit sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Wenn wir die Clustern und je nach Bestandsgruppen Best-Practice mit entsprechenden Sanierungsfahrplänen definieren, dann können wir die low-hanging fruits abgreifen und machen genau den richtigen Fahrplan, die richtigen Sanierungsmaßnahmen.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Bramann.

SV **Helmut Bramann** (ZVSHK): Ich habe das jetzt genutzt, so lange, bis Sie Stopp sagen!

Der **Vorsitzende**: Ist ganz gemein von Ihnen! Herr Stockmeier, bitte.

Abg. **Konrad Stockmeier** (FDP): Wissen Sie was? Das Schöne ist: Ich habe von Geburt an ziemlich schlechte Augen. Das heißt, ich kann so eine Uhr nie ablesen. Deswegen versuche ich auch die Zeit nicht immer bis zum Teufel komm raus auszunutzen. In der Kürze liegt auch manchmal die Würze. Der langen Vorrede genug. Ich habe noch eine Frage an Sie, Herr Staudt, und zwar müssen wir uns klarmachen: Letztendlich geht es uns eigentlich gar nicht so sehr um die Wärmewende an sich, sondern um Klimaneutralität im Gebäudesektor. Wenn ich darauf abstelle, dann ist völlig klar, dass nicht nur auf das Heizsystem abzustellen ist, sondern auf diverse andere Komponenten der Gebäudetechnik insgesamt. Könnten Sie skizzieren, welche das sind, wie die ineinander greifen und welche Schlussfolgerungen Sie daraus nochmal ziehen bezüglich der Heizsysteme? Das nimmt vielleicht ein bisschen Druck aus den Technologiepräferenzen raus. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr Staudt, bitte.

SV **Markus Staudt** (BDH): Vielen herzlichen Dank. In der ganzen Debatte, das ist richtig, sind uns gewisse Lösungen etwas hinten runtergefallen, nämlich die, die auch Energie einsparen erstmal helfen, zum Beispiel die Wohnungslüftung mit Wärmerückgewinnung halten wir für eine vernünftige Option, die man stärker einsetzen und berücksichtigen sollte, wenn man jetzt dieses Vorhaben von 65 Prozent erneuerbare Energien umsetzen möchte. Es bindet zwar nicht unbedingt gleich erneuerbare Energie in dem Sinne, wie viele denken, ein, aber es spart auch Energie, und

deswegen sollte man das einsetzen. Abwärme gilt ja auch als eine vernünftige Größe. Wir sehen es eben auch bei der Wohnungslüftung. Anderes Thema ist das Thema Digitalisierung und Konnektivierung der Heizungsanlage. Hier gibt es ganz viele Lösungen, wo man heute die Heizungen sozusagen online schalten kann, wo die Hersteller die Heizung mit überwachen und dann frühzeitig erkennen, ob das Heizsystem in einen Fehler hineinläuft und ihn dann entweder von der Ferne oder über den Handwerkspartner vor Ort korrigieren können. Auch das spart Energie, wenn die Heizung nicht gleich in die Havarie läuft oder defekt ist. Deswegen glauben wir, dass das auch eine gute Option ist, die man nutzen sollte. Das andere ist eben die Steuerung der Heizungsanlagen, sogenannte Energiemanagement-Systeme, wo man die verschiedenen Komponenten, wir sprechen auch von Hybridisierung der einzelnen Heizungsanlagen, zum Beispiel eine Solarthermie oder eine Wärmepumpe, kombiniert mit einem EE- oder Hybrid-Ready-Kessel und viele andere Möglichkeiten, wenn die entsprechend effizient gesteuert werden, in Kombination zum Beispiel mit einer PV-Anlage. Wenn das optimal abgestimmt ist, spart es auch Energie und hilft so mit, die Ziele zu erreichen. Wir sehen hier ganz viele unterschiedliche Lösungen neben denen, die immer in der öffentlichen Diskussion, in der Debatte stehen, gibt es noch andere technische Lösungen. Dafür steht die Heizungsindustrie. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Die nächste Frage geht an die Linke, Herr Lenkert.

Abg. **Ralph Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Für die Linke ist die Energiewende integraler Bestandteil der Wärmewende und umgekehrt. Die jetzige Gesetzgebung betrachtet dies nicht und führt das immer differenziert aus, was wir falsch finden. Meine Frage geht an Herrn Dümpelmann: Welche Infrastruktur muss für die Wärmeplanung insgesamt betrachtet werden?

Der **Vorsitzende**: Herr Dümpelmann, bitte.



SV **Dr. Matthias Dümpelmann** (8KU GmbH): Vielen Dank für die Frage, Herr Lenkert. Eben ist ausgeführt worden, welche unmittelbaren Peripherieelemente zum Beispiel für einzelne Häuser notwendig sind. Wir müssen tatsächlich auch daran denken, dass die Wärmewende in großen Infrastrukturen, nämlich in der Strom- und in der Fernwärme- und in Teilen für die Industrie, insbesondere auch in der neuen Wasserstoff-Infrastruktur stattfinden will. Wenn man vernünftig und angemessen mit der Wärmewende umgeht, die übrigens, ich sagte es eingangs schon, immer die Industrie mit berücksichtigen muss, wenn man damit vernünftig umgehen will, muss man die Infrastrukturen tatsächlich in Bezug auf ihre Leistungsfähigkeit bewerten. Wenn ich in Gebieten, in denen ein relativ schwacher Stromanschluss steht, viele Wärmepumpen in schlecht gedämmte Häuser einbauen würde, würde ich in ein Problem laufen. Das kann man umdrehen und sagen, die Infrastruktur muss ich so betrachten, dass ich die Wärmepumpen da, wo zum Beispiel früher Nachtspeicher gehangen haben, einbaue, denn die werden unter Garantie natürlich die Leistung bereithalten können. Dasselbe gilt für Wärmenetze. Ich sagte eben, Thema Wärmelieferverordnung: Die Wärmenetze liegen an vielen Stellen tatsächlich schon im Boden. Bestandsgebäude dürfen nicht angebunden werden. Das heißt, die Infrastruktur ist dort unterausgelastet. Und ein weiterer Punkt ist natürlich die Frage: Wie gehe ich mit den bestehenden Infrastrukturen um? Dort, wo große Industrie mit hohem Prozesswärmbedarf über 500 Grad bis 1 500, 2 000 Grad etwa ist, haben sie einen Bedarf in Deutschland, der durch Gas und durch Kohle gedeckt wird, heute in etwa in der Größenordnung von 450 Terawattstunden. Da werde ich dann entscheiden müssen: Ersetze ich die Kohle oder ersetze ich das Erdgas, was ich für die Prozesswärme jetzt brauche, entweder durch Wasserstoff, muss ich die Gasnetze umbauen, oder durch Strom, muss ich das Stromnetz umbauen? Eine kommunale Wärmeplanung, die ihren Job gut macht, wird diese beiden Stränge kostenmäßig miteinander vergleichen, übrigens auch die Abschreibung auf das Gasnetz, was dann vielleicht nicht mehr benutzt wird, und auf der Basis dann informiert eine Entscheidung treffen. Klares Plädoyer dafür, neben der Kostenbetrachtung einzel-

ner Ausrüstungsgegenstände auch die systemischen Kosten mit zu berücksichtigen. Das kann bis hin in die Frage gehen: Brauche ich einen zusätzlichen Wärmespeicher, brauche ich vielleicht eine KWK-Anlage zur Sicherung des Strombedarfs im Winter? Die KWK-Anlage wäre dann wieder mit Wasserstoff betrieben. Plädoyer für eine systemische Betrachtung inklusive Infrastruktur. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, wir haben ein Problem, das muss ich jetzt meine Kollegen von der CDU/CSU fragen. Es ist jetzt euer Antrag. Wir müssten jetzt abrechen normalerweise, weil wir um 13 Uhr die Kanzlerbefragung haben. Wenn Sie darauf bestehen, würde ich aber fortsetzen. Und würde dann auch die Rüge der Präsidentin einhandeln. Das würde ich aber machen. Sie müssen sagen, was Sie wollen. Wollen wir fortsetzen oder wollen wir an dieser Stelle abrechen?

Abg. **Anne König** (CDU/CSU): Das ist natürlich bedauerlich, aber ich denke, wir müssen an dieser Stelle abrechen, weil Kollegen von uns inzwischen auch schon rüber mussten, um an den Kanzler Fragen zu stellen. Aber gut.

Der **Vorsitzende**: Alles klar. Dann würde ich das machen. Dann entschuldige ich mich bei Ihnen, liebe Sachverständige. Wir machen das schon seit ein paar Jahren, aber das ist nur selten passiert. Das Drama zu Beginn, dass überhaupt nichts funktioniert. Wir konnten nichts dafür. Ich bedanke mich sehr, dass Sie hier waren, dass Sie hilfreiche Anregungen gegeben haben, die wir alle berücksichtigen müssen. Das ist ein Antrag der CDU/CSU, der jetzt gestellt und verhandelt wurde, der sicher eingebracht wird. Aber auch für die Koalition ist es nicht unwichtig, welche Anregungen Sie zu diesem Gegenstand gegeben haben. Ich möchte mich recht herzlich bei Ihnen bedanken, ich möchte mich bei meinen Kollegen entschuldigen für den Ablauf und würde sagen: Wir gehen rüber ins Plenum, und ich bedanke mich, dass Sie alle da waren. Tschüss.

Schluss der Sitzung: 12:52 Uhr  
Sim